



Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Bericht aus dem Landtag

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

am 3. Oktober 2010 hat sich der Tag der Deutschen Einheit zum zwanzigsten Mal gejhrt. Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, war es auch für Niedersachsen ein großer Grund zur Freude. Von der insgesamt 1400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze ging ein 594 Kilometer langer Grenzstreifen durch Niedersachsen und trennte uns von den Ländern Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Beziehung zu diesen Ländern hat sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv entwickelt. Auseinandergerissene Lebensräume sind wieder zusammengewachsen. Die Wirtschaft hat einen gemeinsamen Aufschwung erlebt.

Der Tag der Deutschen Einheit erinnert vor allem an den Mut der Menschen in der ehemaligen DDR und auch in den anderen Ländern Mittel- bzw. Osteuropas. Ohne diese mutigen Menschen hätte es keine friedliche Revolution gegeben – eine friedliche Revolution, die in der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 ihr glückliches Ende gefunden hat. Alle Deutschen leben heute in einem friedlichen und freien Land. Beides gehört untrennbar zusammen. Es ist unsere Aufgabe, die Freiheit und den Frieden wachsam zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

Ministerpräsident McAllister: „Niedersachsen bleibt auf Kurs“

Kontinuität und Verlässlichkeit sind das Markenzeichen dieser Landesregierung. Niedersachsens Ministerpräsident **David McAllister** hat in einer Bilanz der ersten 100 Tage seiner Amtszeit hervorgehoben, dass er die Politik seines Vorgängers **Christan Wulff** fortsetzen will.

Alle wesentlichen Punkte aus seiner Regierungserklärung vom 1. Juli 2010 seien bereits erfolgreich umgesetzt worden: „Wir haben einen generationengerechten Haushaltsentwurf für 2011 vorgelegt. Wir setzen unsere erfolgreiche

niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion sicher sein. Ich freue mich auf eine weiterhin vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit mit unserem Ministerpräsidenten.“ Björn Thümler überreichte David McAllister symbolisch ein Paar Laufschuhe für die kommenden Jahre.

„Diese Regierung ist auf der Langstrecke unterwegs. Das machen wir mit unserem Geschenk deutlich. Wir wollen siebeneinhalb Jahre erfolgreiche Regierungsarbeit in Niedersachsen weit über das Jahr 2013 hinaus fortschreiben und



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler (r.) überreicht Ministerpräsident David McAllister ein Paar Laufschuhe. Foto: DPA-Jochen Lübke

Wirtschaftspolitik fort. Wir erarbeiten bis zum Jahresende eine zukunftsfeste Schulstruktur und gestalten unsere Verwaltung effizienter. Wir setzen uns für die niedersächsischen Interessen beim Bund ein“, so McAllister. „Die Politik von CDU und FDP ist berechenbar und zuverlässig. Unser Weg bleibt geradlinig. Die Menschen können sich auf mich und auf meine Regierung verlassen.“

den Ministerpräsidenten auf diesem Weg begleiten.“

in dieser Ausgabe unter anderem

Aus der Landespolitik	2
Unterwegs	4
Aus dem Plenum	5
Unterwegs	6
Kurz notiert	7

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Björn Thümler** erklärte: „Der Ministerpräsident kann sich der Rückendeckung der

Niedersachsen erhält modernes Versammlungsrecht

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Niedersächsische Landtag das Gesetz zur Neuregelung des Versammlungsrechts verabschiedet. „Das neue Gesetz ist Ausdruck der Versammlungsfreiheit jedes



Hans-Christian Biallas

Einzelnen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Hans-Christian Biallas**. Gleichzeitig eröffne es effektive Sanktionsmöglichkeiten, wenn von einer Versammlung eine Gefahr auszugehen

droht.

Dies betrifft insbesondere die Bannmeilenregelung. Während das bisherige Recht ein striktes Verbot von Versammlungen innerhalb der Bannmeile vorsah, sind friedliche Versammlungen nunmehr nur noch an Sitzungstagen des Landtages untersagt. Bei Sitzungen des Ältestenrats, der Fraktionen oder Ausschüsse, erfolgt eine Einzelfallentscheidung. Zum Hintergrund: Die Bannmeilenregelung schützt die Tätigkeit und Funktion des Parlaments und seiner Gremien sowie die Entscheidungsfreiheit aller Abgeordneten.

„Niedersachsen erhält ein modernes, verständliches, praxisnahes und anwenderfreundliches Landesgesetz“, sagte der CDU-Innenexperte hinsichtlich des neuen Versammlungsrechts.

2011 ist Volkszählung

Der Niedersächsische Landtag hat das Zensusgesetz 2011 beschlossen. „Jetzt können die Landesstatistikbehörde und die Kommunen mit den Vorbereitungen für die Volkszählung im Jahr 2011 beginnen“, erklärte die CDU-Innenexpertin **Angelika Jahns**.



Angelika Jahns

Die Europäische Union hatte 2008 festgelegt, Einwohner-, Wohnungs-, und Gebäudezahlen in den Mitgliedsstaaten zu erheben. „Eine Volkszählung nach 25 Jahren führt zu einer gesicherten Datenlage zur künftigen Einwohner-, Wohnungs- und Wirtschaftsentwicklung. Diese kann als Grundlage für politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln genutzt werden“, sagte Angelika Jahns.

NEUES MEDIENGESETZ ERLAUBT LOKALE WERBUNG IM RUNDFAUNK

Der Niedersächsische Landtag hat ein neues Mediengesetz verabschiedet. Damit ist auch lokale Werbung im Rundfunk möglich. „Das ist für die regionale Wirtschaft ein wichtiges Signal. Wir gehen von einer deutlichen Belebung des Arbeitsmarktes im Rundfunkbereich aus“, sagte der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Wittich Schobert**.

Neu ist auch, dass ab dem 1. Januar 2011 Einrichtungen wie Hochschulen Rundfunk machen dürfen. Bei der Vergabe geeigneter Frequenzen wird der Bürgerfunk, wie gehabt, nach dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den landesweit privaten Sendern bedacht, aber Vorrang vor den neuen kommerziellen Lokalsendern genießen. Verlagshäuser werden sich zukünftig auch bei lokaler Marktbeherrschung mit

bis zu 49,9 Prozent an den neuen Sendern beteiligen können. Verleger, die vor Ort bereits eine monopolartige Stellung haben, müssen zwei von vier „Vielfaltsichernden Maßnahmen“ wie die Einrichtung eines Programmbeirats oder das Aufstellen eines Redaktionsstatuts erfüllen.



Wittich Schobert

„Der Gesetzentwurf verhindert wirkungsvoll, dass es zu Meinungsmonopolen kommt“, erklärte der CDU-Medienexperte Schobert. Die unmittelbare Beteiligung von beispielsweise Kommunen an Lokalsendern wird auch künftig nicht möglich sein. Mittelbar, also über ein von ihnen abhängiges Unternehmen, dürfen sie sich aber mit bis zu 24,9 Prozent an den neuen Sendern beteiligen.

Jugendschutz in den Medien

Kinder und Jugendliche sollen im Umgang mit den Medien besser geschützt werden. Das sieht das jetzt verabschiedete Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor. „Mit dieser Gesetzesnovelle geben wir Hilfen an die Hand, mit denen die Erziehung zur Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen unterstützt und Minderjährige vor gefährdenden Inhalten geschützt werden“, sagte der CDU-



Sollen besser geschützt werden: Kinder im Umgang mit Medien. Foto: Picture-Alliance

Landtagsabgeordnete **Thomas Adasch**. Internet-Anbieter sollen freiwillig eine Alterskennzeichnung bei ihren Online-Angeboten vornehmen. „Das Gesetz bevormundet weder Nutzer noch Anbieter. Es zwingt aber beide dazu, sich intensiver mit Computer und Internet auseinanderzusetzen.“

Ministerin Aygül Özkan spricht im Interview über Hartz-IV und Integration

Frau Ministerin, die Bundesregierung will den Hartz-IV-Satz um genau fünf Euro erhöhen. Hilft das gegen Kinderarmut?

Wir haben ja zusätzlich zu den fünf Euro noch das Bildungs- und Teilhabepaket. Dazu gehört ein Zuschuss für ein warmes Mittagessen und ein Gutschein-system, um etwa die Mitgliedschaft in einem Verein zu fördern. Damit haben wir nun erstmalig die Gelegenheit, systematisch und auch in teilweise neuen Strukturen armen Kindern die gesellschaftliche Einbindung zu ermöglichen. Das ist nicht in Geld aufzuwiegen und eine einmalige Chance. Die geht weit über das hinaus, was wir anfangs erwartet haben.

Wird Niedersachsen für diese Sachleistungen eine Chipkarte einführen?

Erst mal wird das Kartensystem erprobt, vielleicht nicht hier, sondern woanders. Da sind wir in Diskussionen. Entscheidend ist nicht das technische Medium. Entscheidend ist, dass wir das Bildungspaket überhaupt schnüren. Dazu müssen wir mit den Kommunen klären, welche sinnvollen Ansätze es schon gibt. Dann können wir bewerten, ob wir solche Systeme nutzen können oder ob wir ein neues, einheitliches System brauchen.

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen nennt den Umstieg vom Bargeld auf Sachleistungen einen „Paradigmenwechsel“. Nimmt man dadurch nicht die Eltern aus der Verantwortung, selbst für ihre Kinder zu sorgen?

Sachleistungen sind genau richtig, damit wir Eltern von den Inhalten des Bildungspakets überzeugen können und sie zum Beispiel an die Vereine heranzuführen können. Die Leistungserbringer, die Vereine und Institutionen, müssen aber jetzt auch neue Ideen entwickeln,

wie sie Kinder erreichen können. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder die Möglichkeit, ein Instrument zu lernen, muss attraktiv sein und die Zielgruppe erreichen.

Sie betonen auch die Bedeutung der frühkindlichen Bildung. Sind Sie dafür, den Kindergartenbesuch generell zur Pflicht zu machen?

Wir haben schon jetzt bei Kindern mit Sprachförderbedarf die Verpflichtung, ein Jahr den Kindergarten zu besuchen. Auch das kostenlose letzte Kita-Jahr soll einen Anreiz geben, dass Eltern den Kindergarten auch nutzen. Das gilt vor allem für sozial schwache Familien und Migrantenfamilien.

Wie wollen Sie Ihre Forderung durchsetzen, Kinder mit Migrationshintergrund früher in Kitas zu schicken?

Ich setze auf Freiwilligkeit und Aufklärung. Die Eltern müssen selbst verstehen, dass sie über die KiTa am meisten für ihre Kinder erreichen können.



Ministerin Aygül Özkan

viel zu kurz, die in der ersten Generation vor 50 Jahren zu uns gekommen sind und seitdem viel für dieses Land geleistet haben. Die unser Land mit aufgebaut haben. Wir sorgen jetzt dafür, dass die vierte und fünfte Generation daran anknüpfen kann.

Sind die von Jugendrichterin Kirsten Heisig beschriebenen Parallelwelten typisch für Neukölln oder Wilhelmsburg, aber ohne Bezug zum Flächenland Niedersachsen?

Parallelwelten sind ein generelles Problem. Es geht um eine Schicht zu der nicht nur Türken oder Araber gehören, sondern auch Deutsche. Für diese Schicht müssen wir etwas tun. Auch in Niedersachsen.

Welchen Effekt hätten türkischsprachige Gymnasien in Deutschland, wie sie der türkische Premier Erdogan fordert, für die Integration?

Integration wird mit türkischsprachigen Schulen nicht gefördert, sondern behindert. Denn die deutsche Sprache ist und bleibt der Schlüssel zur Integration.

In: Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 30.9.2010 sowie Lüneburger Landeszeitung (und weitere), 02.10.2010.

Die deutsche Sprache ist und bleibt der Schlüssel zur Integration

Hat der Sarrazin-Streit die Debatte um die Integration zurückgeworfen?

In seiner Zuspitzung hat der Streit eher geschadet. Die Thesen sind ihrer Verallgemeinerung trennend, nicht verbindend. Andererseits freut es mich, dass die Diskussion jetzt auch inhaltlich weitergeführt wird.

Befürchten Sie durch die Wiederbelebung biologistischer Erklärungen für soziale Probleme verstärktes Schwarz-Weiß-Denken?

Schwarz-Weiß-Denken ist die Folge diskreditierender Äußerungen. Damit sind Probleme einer Gesellschaft allerdings noch nie gelöst worden. Mir kommt vor allem der Respekt vor den Menschen

Versorgungssicherheit kann man nicht kaufen

Die Mitglieder des Umweltausschusses des Niedersächsischen Landtages haben sich im norwegischen Kristiansand mit Vertretern des norwegischen Was-

re europäische Länder liefern wollen, dann müssten dort im Land neue Stauseen und Stromtrassen gebaut werden. „Die norwegische Bevölkerung ist nach



Norwegische Wasserkraft: Keine alternative Energiequelle zu deutschen Kernkraftwerken. Foto: Picture-Alliance

serkraftproduzenten Agder SA getroffen. Dabei ging es auch um die Frage, ob und wie gekaufter Strom aus Norwegen eine Alternative zu in Deutschland produzierter Kernenergie sein kann.

„Die Reaktion des Wasserkraftproduzenten Agder SA dazu war mehr als ablehnend“, berichtete der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion **Karl-Heinrich Langspecht**. „Damit ist das 'grüne Luftschloss' norwegische Wasserkraftwerke als alternative Energiequelle zu deutschen Kernkraftwerken geplatzt. Bei der Versorgungssicherheit müssen wir unsere eigenen Hausaufgaben machen und nicht auf vermeintliche Unterstützung unserer europäischen Nachbarn bauen.“ Wenn Norwegen mehr Strom aus Wasserkraft in ande-

runder Einschätzung aber kaum bereit, diese Belastungen für uns zu tragen“, ist der CDU-Politiker überzeugt. Wer, so wie die Grünen, massiv auf den Import von Strom aus Norwegen setze, der löse seine Stromprobleme auf dem Rücken der Nachbarn.

„Wir begrüßen das geplante NorGer-Kabel. Es spricht nichts dagegen, Stromkabel zwischen Norwegen und Niedersachsen zu verlegen, um gelegentlich Überschüsse auszugleichen. Aber wer in Deutschland Kraftwerke abschaltet, weil er auf dauerhafte Stromlieferungen aus Norwegen setzt, der baut „Luftschlösser“, machte Langspecht deutlich. „Hinzu kommt, dass die Gebiete, in denen angelandet werden soll, nur bedingt begeistert sind.“

Gespräche mit dem Handwerk

Am Rande des Oktober-Plenums trafen sich Fachpolitiker der CDU-Landtagsfraktion mit Vertretern der Unternehmensverbände Handwerk Niedersachsen e.V. sowie der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen, um über handwerkspolitische Themen zu beraten.

Auf der Tagesordnung stand dabei unter anderem die geplante Reform der Rundfunkfinanzierung. Es wurde vereinbart, auch in Zukunft den engen und konstruktiven Dialog fortzuführen.



Abgeordnete im Gespräch mit Vertretern des Handwerks.

PORT PACKAGE III

Mit dem neuen Entwurf der Hafengerichtlinie Port Package III will die Europäische Kommission die Hafendienste in Europa liberalisieren. Der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Häfen und Schifffahrt,



Bernd-Carsten Hiebing

Bernd-Carsten Hiebing, kritisiert, dass künftig der wirtschaftliche Betrieb der Hafenanlagen nur noch für einen begrenzt ausgeschriebenen Zeitraum möglich sein soll. So sei nach Ablauf der vertraglich vereinbarten Nutzung unter anderem ein Rückbau der Anlagen notwendig. „Wir befürchten dadurch negative Folgen für die Investitionsbereitschaft in Hafenanlagen“, erklärte Hiebing.

Die bisherigen Versuche der EU-Kommission zu Port Package I und II scheiterten bereits im EU-Parlament. Der mittlerweile dritte Anlauf ist umfangreicher als die beiden



Thomas Adasch

bisherigen Pakete. Port Package III bezieht sich auf Dienstleistungen in Häfen, an Flughäfen, im Schienenverkehr, in der Wasser- und Energieversorgung sowie im Gesundheitswesen. Somit ist Niedersachsen besonders betroffen. Das hat der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, **Thomas Adasch**, auf der letzten europapolitischen Sprechertagung von CDU und CSU deutlich gemacht. „Die für Häfen und Schifffahrt zuständigen Sprecher werden die Vorschläge der EU-Kommission daher sehr kritisch begleiten und die Interessen der Hafenstandorte vertreten.“

Neue Regelsätze räumen rot-grüne Fehler aus

In einer Aktuellen Stunde des Niedersächsischen Landtags ist auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion über die Einführung eines Bildungspakets für Kinder und die beabsichtigte Erhöhung der Regelsätze diskutiert worden. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende **Heidemarie Mundlos** erklärte dazu: „Diese neuen Regelungen sind notwendig geworden, um die handwerklichen und inhaltlichen Fehler der damaligen rot-grünen Bundesregierung auszuräumen.“ Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil im Februar dieses Jahres betont, dass die Berechnung der Regelsätze nicht transparent erfolgt und damit dem tatsächlichen Bedarf von Kindern nicht gerecht gewesen sei.

„Eine eigenständige Bemessung des kindlichen Bedarfs, wie sie der Niedersächsische Landtag schon mehrfach von der Bundesregierung gefordert hat, ist

jetzt erfolgt“, sagte Mundlos.

Für das Bildungspaket 2011 sind 620



Heidemarie Mundlos

Millionen Euro vorgesehen, die beispielsweise für Mittagessen in Ganztagschulen, Lernförderung oder Schulmaterialien verwendet werden sollen. „Ich fordere die Opposition auf, diese Leistungen für Betroffene nicht aus parteipolitischen Interessen zu blockieren. Das wäre mehr als fahrlässig“, sagte Mundlos in der Debatte.



Für das Bildungspaket 2011 sind 620 Millionen Euro vorgesehen.

Foto: Picture-Alliance

Vorbildlicher Strafvollzug

„Der Strafvollzug in Niedersachsen ist seit dem Regierungswechsel 2003 eine Erfolgsgeschichte“, erklärte die CDU-Landtagsabgeordnete **Gisela Konrath**. Eine umfassende Datenerhebung des Justizministeriums im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage kam genau zu diesem Ergebnis.



Gisela Konrath

„Niedersachsen setzt auf Sicherheit und Resozialisierung gleichermaßen.“ So sei die Anzahl der Ausbrüche auf fast Null gesunken. Zudem sei die Situation der Häftlinge verbessert worden.

Nahezu 80 Prozent der Häftlinge Niedersachsens befänden sich in Einzelhaft. Darüber hinaus könnten mittlerweile vielen, insbesondere in den Jugendanstalten Einsitzenden, bedarfsgerechte Bildungsangebote unterbreitet werden.

Nachtragshaushalt 2010

Der Niedersächsische Landtag hat den Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 verabschiedet. Größter Änderungsposten gegenüber dem ursprünglichen Haushalt für das Jahr 2010 sind 386 Millionen Euro, die das Land bei den Zinsausgaben einsparen muss.

„Durch die gute Arbeit des Niedersächsischen Finanzministeriums hat das Land die vorteilhafte Situation der aktuell sehr niedrigen Kapitalmarktzinsen optimal genutzt“, erklärte dazu der finanzpolitische Sprecher **Reinhold Hilbers**.



Reinhold Hilbers

„Die Reduzierung der Zinsausgaben erlaubt es uns, auf die Veräußerung von Stammkapitalanteil der NordLB in Höhe von 280 Millionen Euro zu verzichten. Damit schaffen wir Vorsorge für die Zukunft. Unser vorrangiges Ziel bleibt es, im Jahr 2017 den ersten Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen.“

Niedersachsen erreicht damit noch vor der durch die Schuldenbremse im Grundgesetz verankerten Frist einen ausgeglichenen Haushalt.

„Wir wollen eine eigene Regelung zur Schuldenbremse in der Niedersächsischen Landesverfassung. Diese Forderung wird vom Landesrechnungshof unterstützt“, so Hilbers.



Foto: Picture-Alliance

Hamburger Erklärungen: Gewalt gegen Vollzugsbeamte höher bestrafen

Die innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU in Bund und Ländern haben unter dem Vorsitz des innenpolitischen Sprechers der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, **Hans-Christian Biallas**, zwei weg-

weisende Erklärungen beschlossen. In der Hamburger Erklärung „Gegen Gewalt in deutschen Metropolen“ lehnen die Sprecher jegliche Form von Gewalt gegen Menschen und Sachen ab. „Wir fordern die Bundesregierung auf, alles

darin zu setzen, insbesondere Gewalt gegen Vollzugsbeamte höher zu bestrafen als Gewalt gegen Sachen. Diese Delikte müssen verstärkt geahndet und gemeinsam die Ursachen mit einer Verschärfung der Strafdrohung des Paragraphen 113 des Strafgesetzbuches bekämpft werden“, sagte Biallas am Rande der Tagung.

In der Hamburger Erklärung „Kommunalfinanzen sichern und stärken“ fordern die innenpolitischen Sprecher die Gemeindefinanzkommission auf, die Kommunalfinanzen zu reformieren.

„Ziel muss eine höhere Verlässlichkeit und Verstetigung der kommunalen Einnahmesituation sein“, erklärte Biallas. Außerdem müsse die Aufgabenstruktur der Kommunen überprüft werden, um ihnen bei der Aufgabenerfüllung größere Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume zu geben.



Die innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU in Bund und Ländern in Hamburg.

Die Fahrt hat begonnen: Das Ziel ist die CO2-neutrale Mobilität

CO2-neutrale Mobilität gilt als Projekt mit Zukunft. Das erfuhren die Arbeitskreise der CDU-Landtagsfraktion für Umwelt und Klimaschutz sowie Wirtschaft, Arbeit und Verkehr während ihres Besuchs bei Volkswagen in Braunschweig.

„Die Fahrt hat inzwischen begonnen. Volkswagen hat uns das Potential aufgezeigt, das die Elektroautos bieten“, berichteten der wirtschaftspolitische Sprecher **Ernst-August Hoppenbrock** und der umweltpolitische Sprecher **Martin Bäumer**. Sowohl die Arbeitsplätze im Autoland Niedersachsen als auch die Umwelt profitierten von dieser neuen Technologie. Der Schwerpunkt liegt vor allem in der Batterietechnologie. Es gelte, kleinere und vor allem leistungsfähigere Batterien zu konstruieren sowie ein Netz von Ladestationen zu schaffen.

Die Bundesregierung hat zusammen mit der Industrie eine „Nationale Plattform Elektromobilität“ gebildet.

Bis 2020 sollen eine Million Elektroautos auf den bundesdeutschen Straßen fahren. Hierzu wurden acht „Modellregionen Elektromobilität“ eingerichtet, darunter befindet sich auch die niedersächsische Metropolregion Bremen/Oldenburg. Die Elektromobilität ist ein Schwerpunkt im Energiekonzept der Bundesregierung. Die Lan-

desregierung hat eigens die Initiative „Brennstoffzelle und Batterietechnologie“ gestartet, um dieses Zukunftsfeld zu stärken. 80 Prozent aller Fahrten mit dem Auto sind kürzer als 25 Kilometer – eine ideale Distanz für das Elektroauto.



Die Arbeitskreise beim Besuch des VW-Werkes.

Martin Bäumer erhält Auszeichnung für umweltfreundliches Büro

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag **Martin Bäumer** hat eines der umweltfreundlichsten Büros in Deutschland. Der CDU-Umweltpolitiker erhielt in Düsseldorf eine Anerkennungsurkunde des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.). Der Wettbewerb „Büro & Umwelt“ prämiert jährlich die umweltfreundlichsten Büros in Deutschland. In

Sämtliche elektronischen Geräte im Büro verbrauchen höchstens drei Watt pro Stunde und sind an abschaltbare Stromleisten angeschlossen. Für die Beleuchtung sorgen selbstverständlich Energiesparlampen. Und wenn Strom verbraucht werde, dann handele es sich um Ökostrom von der örtlichen Energiegenossenschaft. Darüber hinaus kommen im Wahlkreisbüro spezielle Computer mit sehr geringem

Die Anerkennung zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind...

diesem Jahr nahmen 50 Unternehmen und andere Einrichtungen aller Größenordnungen am Wettbewerb teil.

„Als umweltpolitischer Sprecher ist es mir ein besonderes Anliegen, mit gutem Beispiel voranzugehen“, erläutert der Abgeordnete seine Motivation. Im Wahlkreisbüro verwenden wir beispielsweise Briefumschläge, die aus ehemaligen Landkarten der Bundeswehr und der Katasterämter gefertigt sind. Für den gesamten internen Schriftverkehr nutzen wir „Schmierpapier“, das bereits von einer Seite bedruckt ist und im Büro gesammelt wurde“, so Bäumer.

Energieverbrauch zum Einsatz und ein höchst effizienter Tintenstrahldrucker mit Fax-, Scan- und Kopierfunktion ersetzt energiefressende Lasergeräte.

„Aktiver Umweltschutz ist im Berufsalltag kein Buch mit sieben Siegeln mehr, kleinere Investitionen zahlen sich nach kürzester Zeit aus und sparen bares Geld“, weiß Bäumer. „Die Anerkennung durch die Jury hat mir und meinem Team gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden auch in Zukunft den Umweltschutz im Büroalltag weiter vorantreiben.“



Martin Bäumer (l.) nimmt die Urkunde von Dieter Brübach (B.A.U.M.) entgegen.

KURZ NOTIERT

Der VW Amarok wird zukünftig in Hannover produziert. Dazu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion **Dirk Toepffer**: „Mit der Entscheidung setzt VW ein wichtiges Zeichen für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen, insbesondere für Hannover. VW sichert damit viele wichtige Arbeitsplätze in unserer Region. Das Land steht selbstverständlich weiter fest zu seiner Verantwortung für VW.“

...

Die 7. Nationale Maritime Konferenz findet im Mai 2011 in Wilhelmshaven statt. „Die Entscheidung der Bundesregierung ist Auszeichnung und Ansporn zugleich – für Wilhelmshaven und das Land Niedersachsen“, begrüßte CDU-Fraktionsvorsitzender **Björn Thümler** die Bekanntgabe. Auf der größten maritimen Fachkonferenz in Deutschland werden mehr als 1000 Experten der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft über Möglichkeiten beraten, die Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Wirtschaftszweiges zu stärken.

...

Die **Niedersächsische Staatskanzlei** hat eine neue Website mit Informationen zu Erneuerbaren Energien ins Internet gestellt. Die Website zeigt aktuelle Entwicklungen zu den Erneuerbaren Energien in Niedersachsen und bietet neutrale Hintergrundinformationen an. Auf einer interaktiven Niedersachsen-Karte sind alle wichtigen Firmen in diesem Bereich kurz porträtiert.

Die Website ist erreichbar unter www.erneuerbare-energien-niedersachsen.de

Termine 2010

12.-15. Oktober 2010

Herbsttour des Fraktionsvorsitzenden durch Nord- und Nordost-Niedersachsen

23. Oktober 2010

Jubiläumsfeier 60 Jahre CDU in Goslar

5. November 2010

Diskussionsveranstaltung zur Tourismusentwicklung in Niedersachsen

7.-8. November 2010

Haushaltsklausurtagung

9.-12. November 2010

Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

9. November 2010

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des Parlamentskreis Mittelstand mit Herrn Prof. Dr. Dr. Hans-Werner Sinn

14. -16. November 2010

Bundesparteitag in Karlsruhe

27. November 2010

Haushaltsgespräch mit den CDU-Kommunalpolitikern

Zukunftsvertrag bringt Hochschulen Planungssicherheit

Der Landtag hat den Zukunftsvertrag II zwischen dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Hochschulen beraten.



Dr. Stephan Siemer

„Der Zukunftsvertrag steht für Innovation, Investition und Qualität in Niedersachsen“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete **Stephan Siemer**.

Mit dem Vertrag garantiert das Land den Hochschulen umfangreiche Mittel. „Damit haben die Hochschulen von 2011 bis 2015 Planungssicherheit beim Personal und bei Besoldungs- und Tarifssteigerungen“, erklärte Stephan Siemer.

Die Hochschulen erhalten konstante Zuweisungen für ihre Sachkosten. Was sie bei ihren Sach- und Personalressourcen sparen, verbleibt ihnen als Gewinn.

Als ein weiteres Element des Zukunftsvertrags erhöht sich die Lehrverpflichtung für Professoren um eine Semesterwochenstunde. Dies führe zu 5.000 zusätzlichen Studienplätzen und entspreche 200 zusätzlichen Stellen.



Von 2011 bis 2015 haben die Hochschulen Planungssicherheit. Foto: Picture-Alliance

Ehemaligen-Abend der CDU-Landtagsfraktion

165 Gästen folgten der Einladung des CDU-Fraktionsvorsitzenden **Björn Thümler** zum gemeinsamen Abend mit den ehemaligen und aktiven Abgeordneten sowie Mitarbeitern der CDU-Landtagsfraktion. Sie verbrachten einen kurzweiligen Abend mit vielen interessanten Gesprächen im Alten Rathaus von Hannover.

Unter den Gästen befanden der Ministerpräsident **David McAllister** und sein

Kabinetts sowie einige ehemalige Minister aus des Kabinetts von **Ernst Albrecht**.

Als besonderer Gast wurde außerdem der 90-jährige ehemalige Landtagsabgeordnete **Hans Feind** begrüßt.

Im Rahmen der Veranstaltung verabschiedete Björn Thümler offiziell die langjährigen Mitarbeiter **Helga Vreefelbier** und **Adalbert Wasner**.



Einen netten Abend genießen die Gäste im Alten Rathaus.

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Verantwortlich:

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Landtagsfraktion

Redaktion:

Oliver Wagner, Pressesprecher
Hilke Vollmer, stellv. Pressesprecherin
Sabine Busse, Sekretariat Pressestelle

Kontakt:

Telefon (05 11) 3030-4118

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Weitere Infos:

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de